



Informationsdienst  
des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e. V.  
Juli/Aug./Sep. 03 · 48. Jahrgang

**i.d.**  
7/8/9

<b>Impulse</b>	
Reformnebel .....	2
<b>Bauwirtschaft und Konjunktur</b>	
Bayern weist den stärksten Auftragsrückgang aller Flächenländer auf .....	3
ifo-Geschäftsklima Bau: Schaubilder .....	5
<b>Finanzwirtschaft</b>	
Wie viel Stadt braucht der Mensch? .....	6
Wohin fließt unser Geld? .....	7
Staatseinnahmen und -ausgaben Einige interessante Tatsachen .....	8
<b>Tarif- und Sozialpolitik</b>	
Gesundheitsreform: Wo bleibt die Transparenz .....	9
<b>Mobilität</b>	
Zukunft „Autobahn AG“ .....	10
Bayern für den Menschen gestalten Mobilität im Ländlichen Raum .....	11
<b>Bauen in Bayern</b>	
Gesucht: ein Trommler für Oberfranken .....	12
<b>Der Kommentar</b>	
Region aus einem Guss .....	13
<b>Das aktuelle Interview</b>	
Aktuelle Probleme des Straßenbaus .....	14
<b>Bildung</b>	
Mitarbeitergespräche als effizientes Führungsinstrument .....	15
<b>Recht</b>	
Aktuelle Rechtsprechung .....	16
<b>Aktuelles</b> .....	18
<b>Persönliches</b> .....	19
<b>Statistik</b> .....	20



**Impressum**

Herausgeber:  
Bayerischer  
Bauindustrieverband e.V.  
München

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Gerhard Hess

Redaktion:  
Dr. Benedikt Rüchardt

Titelfoto: Helmut Bergtold

Das Land windet sich im Reformfieber. Wahnsinn. Super. Endlich geht es, wer lacht da, ganz nach vorn – wohin denn auch sonst. Ehrensache. Jeder Tag ohne neue Reform ist ein verlorener Tag, nicht wert, gezählt zu werden. Pausenlos drehen der Reformkanzler und seine Mannen an den kleinen Stellschrauben, die so viel verändern werden am Standort D. Damit wir weiterkommen. Natürlich wieder nach vorn. Nirgendwo ist dem Fortschritt zu entgegen. Rekorde allerorten. In der Anstalt, die in Nürnberg die Arbeit verwaltet, gibt es heute schon mehr Beschäftigte als wir vor vierzig Jahren überhaupt Arbeitslose hatten. Das Bundesgesetzblatt, das Deutschlands Gesetze und Verordnungen enthält, ist von einer fleißigen Regierung in nur zwei rot-grünen Jahren von 2100 auf 4.744 Seiten gebracht worden. Sechs von zehn Bundeshaushalts-Euro gehen ins Soziale und den Schuldendienst. Und wenn nichts dazwischenkommt, die kollektive Vernunft zum Beispiel, dann haben wir bald den absoluten Bürokratie-Weltrekord, und niemand leidet mehr Not, denn alle Deutschen befinden sich, gut versorgt und klasse bezahlt, im staatlich finanzierten Dienst. Es ist was los am Standort D. Glaubt man dem erbarmungslosen Optimismus des Kanzlers, dann gehen wir goldenen Zeiten entgegen. Allerdings hat er bereits jeden zweiten seiner Wähler vom vergangenen September davon überzeugt, dass es nichts wird mit den goldenen Zeiten, jeder zweite von ihnen würde sich bei Neuwahlen anders entscheiden als noch vor zehn Monaten.

Nun glauben ja nicht nur die abtrünnigen Wähler, dass die ganze Reformerei auf einen gigantischen Holzweg führt und Reformen nicht wirklich gemeint sein können – eher action zwecks Machterhalts. Denn das ist ja wohl unbestritten, dass mit steigendem Wohlstand in Deutschland nicht etwa die Sozialleistungen zurückgingen (wie man das bei immer mehr privatem Reichtum hätte erwarten können), sondern dass sie noch immer weiter ausgedehnt wurden. Die Sozialleistungen, Antriebselemente für einen totalen Sozialstaat, sind schon frühzeitig als Macht- und Machterhaltungsinstrumente erkannt und häufig hemmungslos eingesetzt worden.

Diese Dauerattacke gegen Subsidiarität, Eigenverantwortung und Eigenständigkeit prägt die Berliner Reformpolitik und hat einen Kollektivismus hervorgerufen, der jeden Bürger in irgendeiner Weise zum staatlichen Kostgänger gemacht hat. Durch Stellschräubchen und Feinjustierungen ist das nicht mehr zu beheben. Zumal die „Reformer“ in der Populismusfalle sitzen und immer noch dem Bürger schuldig bleiben, die Konsequenzen aus der Tatsache vorzurechnen, dass das soziale Füllhorn nicht unerschöpflich ist.

So bleibt's dabei, dass sich Berliner Reformpolitik regelmäßig als aufwendig inszenierte Abgabenerhöhungspolitik enttarnt. Niemand fragt da nach den wirklichen Aufgaben des Staates, um ihre notwendigen Kosten festzustellen. Niemanden juckt die Struktur des Gesundheitswesens, weil ja die Patienten als Zahlmeister beansprucht werden können. Reform und Abgabenerhöhung – in Berlin sind das Synonyme.

# Reformnebel

**Von Rechtsanwalt Gerhard Hess  
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e.V.**

# Bayern weist den stärksten Auftragsrückgang aller Flächenländer auf

Von Januar bis Juni 2003 blieben die Neuaufträge am Bau in Bayern um 20,8 % unter den Vorjahreswerten. Bei den Baugenehmigungen hat sich das hohe Plus aus den Anfangsmonaten auf nun 15,4 % zurückgebildet. Die Umsätze der bayerischen Bauunternehmen fielen um 9,7 % niedriger aus als im Vorjahr. Die katastrophale Lage am Bau ließ die Beschäftigung um 8,9 % gegenüber dem Vorjahr abnehmen.

Von Januar bis Juni 2003 wurden insgesamt um 15,4 % mehr Baugenehmigungen erteilt als ein Jahr zuvor. Das Plus stammt ausschließlich aus dem Wohnbau (+ 37,9 %) und hier vollständig aus dem Ein- und Zweifamilienhausbau (+ 57 % bzw. + 65,4 %). Im Mehrfamilienhausbau wurden dagegen um 4,6 % weniger Genehmigungen erteilt als ein Jahr zuvor. Im Wirtschaftsbau hat sich der Rückgang der Genehmigungen auf 0,9 % vermindert, im Öffentlichen Hochbau dagegen auf - 9,4 % ausgeweitet.

Der Auftragsrückgang fiel in Bayern von Januar bis Juni 2003 mit einem Minus von 20,8 % so stark aus wie in keinem anderen Bundesland, außer Berlin. Den mit Abstand stärksten Rückgang vermeldete der Wirtschaftsbau mit einem Minus von 31,3 %. Im Öffentlichen Bau brachen die Aufträge um 14,3 % ein. Am stärksten war der Rückgang im Öffentlichen Hochbau mit 30,6 %. Im Sonstigen Tiefbau (für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) verzeichneten die Neuaufträge einen Rückgang von 8,4 %. Im Straßenbau hat sich das Minus auf 7,5 % verringert. Den geringsten Auftragsrückgang aller Sparten verzeichnete erneut der Wohnungsbau mit einem Rückgang von 11,1 %.

Die Umsätze der bayerischen Bauunternehmen blieben von Januar bis Juni 2003 um 9,7 % niedriger als im Vorjahr. Die im Öffentlichen Bau tätigen Unternehmen erreichten das geringste Minus (- 3,2 %), durch Zuwächse im Hochbau (+ 1,8 %) und ein ausgeglichenes Ergebnis im Sonstigen Tiefbau verursacht, während die Umsätze im Straßenbau um 10,9 % unter den Vorjahresergebnissen blieben. Die im Wohnungsbau tätigen Bauunternehmen hatten einen Umsatzrückgang von - 8,4 % hinzunehmen. Den stärksten Einbruch verzeichneten die im Wirtschaftsbau tätigen Baufirmen mit einem Umsatzrückgang von 15,7 %.

Das Geschäftsklima in der bayerischen Bauindustrie wird im August 2003 besser als im Vorjahr beurteilt.

■ Die Geschäftslage wird mit einem Saldo von - 62 % marginal besser als im Vorjahr (August 2002: - 65 %) eingeschätzt. Als gut beurteilen sie 3 % der Unternehmen (August 2002: 3 %). Von einer weiter verschlechterten Geschäftslage berichten dagegen 65 %, im Vorjahr waren es 68 %.

■ Von einer günstigen Entwicklung ihrer Bautätigkeit berichten diesmal 17 % der Unternehmen (August 2002: 4 %), 21 % dagegen von einer weiteren Verschlechterung (Vorjahr: 22 %).

■ Die nähere Zukunft wird weiter mit großer Sorge betrachtet. Nur 3 % der befragten Firmen erwarten innerhalb der nächsten sechs Monate, also bis Februar 2004, eine Besserung ihrer derzeitigen Lage (Vorjahr: 4 %). Eine weitere Verschlechterung befürchten 32 % der Unternehmen (Vorjahr: 35 %). Insgesamt wird die Geschäftslage innerhalb des kommenden Halbjahres mit einem Saldo von - 29 % aber doch etwas besser als im Vorjahr (- 31 %) beurteilt.

## Starker Auftragsrückgang am Bau in Bayern

## Plus bei Baugenehmigungen im privaten Wohnbau

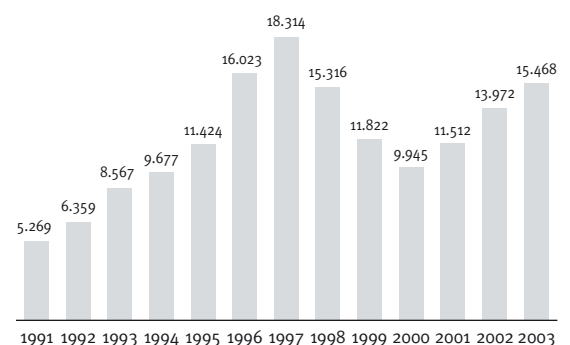
## Aufträge in Bayern von Januar bis Juni 2003 um 20,8 Prozent niedriger

## Umsatz der Bauunternehmen um 9,7 Prozent unter Vorjahr

## Anzahl arbeitsloser Bauarbeiter steigt weiter an

Im Juni in Bayern um 2.850 weniger arbeitslose Bauarbeiter als 1997, aber Anstieg der Arbeitslosenzahl um 5.500 im Vergleich zu 2000 (+ 55,5 %)

Arbeitslose Bauarbeiter in Bayern – Stand jeweils Ende Juni



Quelle: Landesarbeitsamt Bayern

### **Unternehmen erwarten für 2003 niedrigeres Bauvolumen als 2002**

Die im Wohnungsbau tätigen Bauunternehmen hatten auf die Sonderfrage des ifo-Instituts nach dem für 2003 voraussichtlich zu erwartenden Bauvolumen im Vergleich zu dem von 2002 lieferten die Unternehmen der bayerischen Bauindustrie folgende Antworten:

- Im Wohnungsbau erwarten 6 % eine Zunahme, im Durchschnitt um + 8,8 % (Bauhauptgewerbe: 13 %; + 12,8 %). 52 % rechnen aber mit einem weiteren Rückgang, im Durchschnitt um 32,1 % (Bauhauptgewerbe: 39 %; - 21,7 %).
- Im Wirtschaftsbau prognostizieren 19 % ein höheres Volumen, im Durchschnitt um + 10,4 % (Bauhauptgewerbe: 12 %; + 12,7 %). Einen weiteren Rückgang nach den dramatischen Einbrüchen im letzten Jahr erwarten 53 %, im Durchschnitt um 29,1 % (Bauhauptgewerbe: 54 %; - 21,9 %).
- Im Öffentlichen Hochbau rechnen 16 % mit einem höheren Volumen, im Durchschnitt um + 22,2 % (Bauhauptgewerbe: 6 %; + 11,8 %). Einen weiteren Rückgang befürchten 57 %, im Durchschnitt um 25,5 % (Bauhauptgewerbe: 61 %; - 22,1 %).
- Im Straßenbau erwarten 8 % ein höheres Volumen, im Durchschnitt um + 10 % (Bauhauptgewerbe: 1 %; + 20 %), einen weiteren Rückgang 64 %, im Durchschnitt um 12,6 % (Bauhauptgewerbe: 54 %; - 13,2 %).
- Im Sonstigen Tiefbau rechnen 6 % mit einem höheren Volumen, im Durchschnitt um + 10 % (Bauhauptgewerbe: 3 %; + 11 %). Einen weiteren Rückgang prognostizieren 52 %, im Durchschnitt um 14,5 % (Bauhauptgewerbe: 46 %; - 14,7 %).

### **Auch die Bauwirtschaft braucht auskömmliche Preise**

Ein Teilergebnis des ifo-Konjunkturtests ist seit Jahren konstant: die Baupreise verfallen. Zuletzt vermeldete kein Bauunternehmen in Bayern einen Anstieg der Baupreise, aber 35 % einen erneuten Rückgang. Als selbstkostendeckend und darüber hinaus bezeichneten nur 33 % die am Markt erzielten Baupreise, mehr als zwei Drittel (67 %) mussten jedoch Baupreise unter ihren Selbstkosten hinnehmen. Und auch für die nächsten drei Monate sind die Erwartungen nicht rosig: Bessere Baupreise erwarten nur 2 %, aber 23 % befürchten eine weitere Verschlechterung vom bereits tiefen, völlig unzureichenden Niveau aus. Niedrige und weiter fallende Baupreise mögen für einige Bauherren ein Vorteil sein, häufig aber nur ein kurzfristiger. Sie haben viele negative Folgen, die man nicht sofort spürt, die aber auf Dauer schwerwiegend sind.

### **Gefahren des Preisverfalls**

Volkswirtschaftlich sind sie ein Beitrag zur Deflation. Als Gegenstück zur Inflation sind sinkende Preise nicht gut, sondern sogar gefährlich, wenn sie die Hoffnung auf weitere Rückgänge erzeugen und damit zur Zurückhaltung bei Investoren und Haushalten führen. Unzureichende Preise sind auch eine Gefahr für den technischen Fortschritt und damit die Wettbewerbsfähigkeit einer Branche. Und wenn der Bau nicht dazu in der Lage ist, kostensparende Innovationen zu entwickeln, leidet das ganze Land auf Dauer darunter. Genauso ist es auf Dauer schlecht, wenn die Branche keine guten Leute mehr an sich binden kann. Schon jetzt wagen immer weniger Studienanfänger das Bauingenieurstudium, weil sie sich von der aktuellen Branchenlage abschrecken lassen, die ausgezeichneten Berufschancen werden überhaupt nicht wahrgenommen.

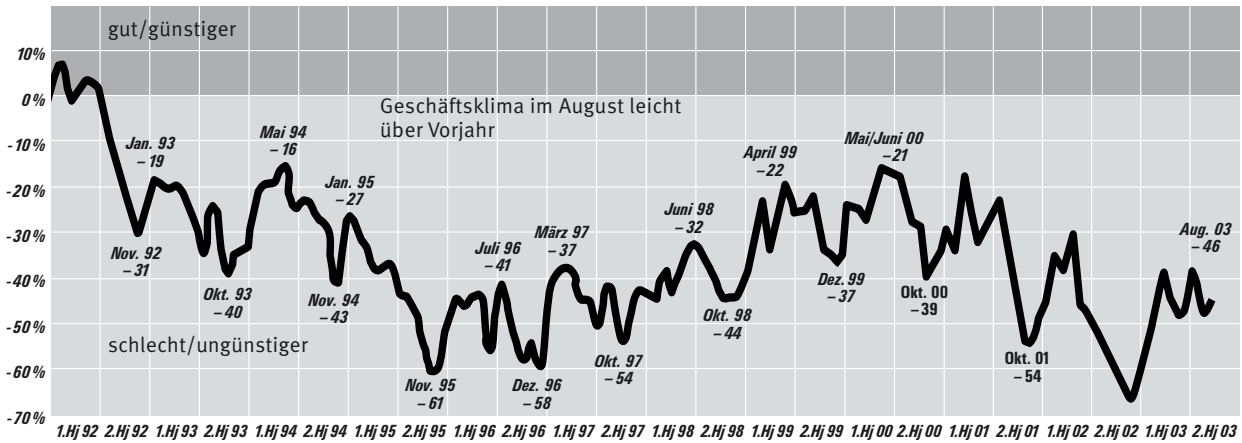
### **Bessere Preise für den Bau**

Der Bau braucht bessere Preise! Jedes Bauunternehmen kann hier mitwirken, indem es bei seiner Angebotskalkulation mit Vollkosten rechnet und sich nicht auf den mörderischen Preiswettbewerb nach unten einlässt. Gefordert sind insbesondere die Auftraggeber: Öffentliche Aufträge dürfen nicht nur unter Preis Gesichtspunkten beurteilt und meist an den Billigstbieter vergeben werden. Qualitätsaspekte müssen eine größere Rolle spielen. Höhere Bauqualität bezahlt sich meist über niedrigere Folgekosten von selbst. Bessere Preise und Bauqualität als Vorteil für Auftraggeber und Bauwirtschaft. ■

# ifo-Geschäftsklima Bauindustrie Bayern

## Unternehmereinschätzung Geschäftslage und Geschäftserwartungen (nächste 6 Monate)

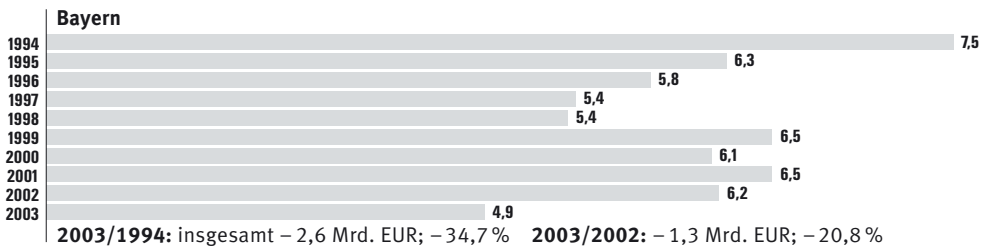
Durchschnitt gut/schlecht und günstiger/ungünstiger in Prozent



Quelle: ifo-Konjunkturtest Bau Bayern

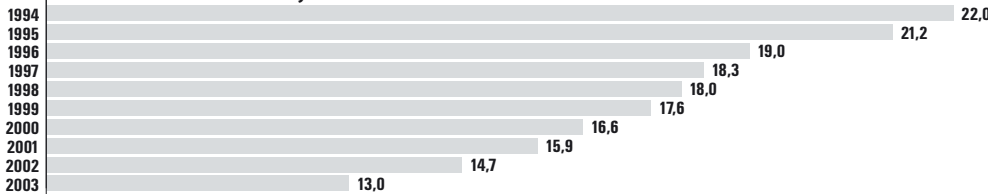
## Auftragsrückgang in Bayern weit stärker als in den anderen Westländern

In Bayern Auftragsrückgang um 20,8 % unter Vorjahr;  
im Durchschnitt der anderen Westländer Rückgang um 11,8 %.  
Auftragsrückgang jeweils Januar bis Juni, in Mrd. EUR



2003/1994: insgesamt - 2,6 Mrd. EUR; - 34,7 %    2003/2002: - 1,3 Mrd. EUR; - 20,8 %

### Westdeutschland ohne Bayern



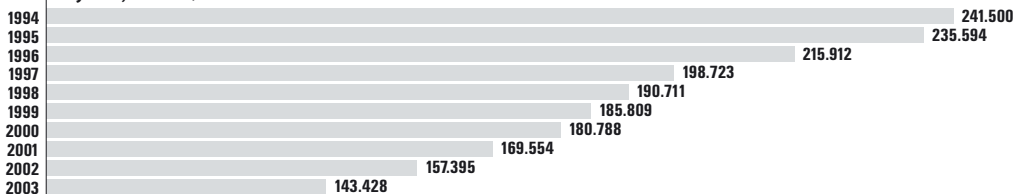
2003/1994: insgesamt - 7,1 Mrd. EUR; - 40,1 %    2003/2002: - 1,7 Mrd. EUR; - 11,8 %

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt; Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; 1994 der Abgrenzung angepasst.

## Abbau der Arbeitsplätze am Bau setzt sich auch 2003 fort

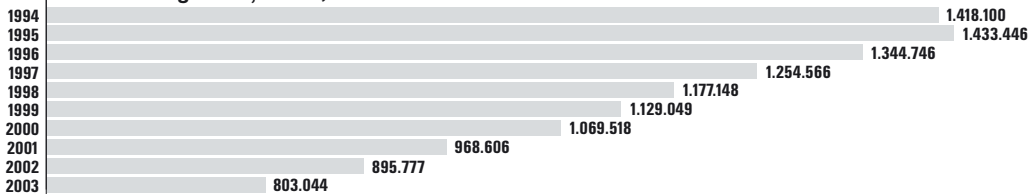
Auch in Bayern Zahl der Arbeitsplätze im Juni wieder verstärkt zurückgegangen

### Bayern jeweils Juni



2003/1994: insgesamt - 98.100; - 41,6 %    2003/2002: - 14.000; - 8,9 %

### Deutschland gesamt jeweils Juni



2003/1994: insgesamt - 615.000; - 43,4 %    2003/2002: - 92.700; - 10,4 %

Quelle: Amtliche Statistik, Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; 1994 auf diese Abgrenzung umgestellt.



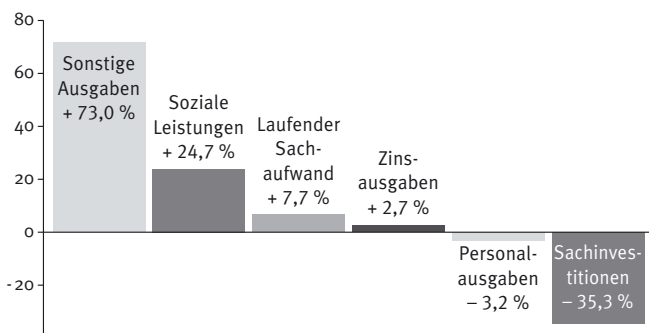
# Wie viel Stadt braucht der Mensch?

Für eine effiziente Ausgabenpolitik der Kommunen

50 Jahre lang lebte die Bundesrepublik Deutschland mit ständiger Wohlstandsmehrung. Für immer neue Wünsche und immer höhere öffentlich abgesicherte Versorgungsstandards stand Geld zur Verfügung. Diese Entwicklung spiegelt sich im zunehmenden Zugriff des Staates auf die Wertschöpfung in Deutschland: 1965 lag die Staatsquote bei ca. 37 %; heute beansprucht er 50 % des BIP für sich.

## Gemeindeausgaben: Dasein statt Vorsorge

Änderung der Anteile der jeweiligen Ausgabenblöcke von 1992 auf 2002, in %



Quelle: Institut der Dt. Wirtschaft; eigene Berechnungen

## Kommunales Aufgabenspektrum muss hinterfragt werden

Anspruchsniveau, komplexe Umverteilungsmechanismen und Besitzstandswahrung, alle staatlich verantwortet, sind die Hauptursachen der heutigen Wachstumsschwäche. Das gilt auch für Städte und Gemeinden: Hier blockiert der Anspruch auf kommunale „Daseinsvorsorge“ jedes Hinterfragen teurer Besitzstände. Auch die Debatte zur kommunalen Finanzreform konzentriert sich nur auf die Einnahmenseite, auf neue Steuerbelastungen für die Wirtschaft. Viel wichtiger wäre es, die Chance schlechter Zeiten zu nutzen, um das kommunale Aufgabenspektrum auf das in einer Marktwirtschaft Notwendige zu beschneiden.

## Daseinsvorsorge: eine Krake mit immer längeren Gliedern

Der Begriff der öffentlichen „Daseinsvorsorge“ wurde in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelt. Er umfasste damals Verkehrs- und Versorgungsaufgaben. Seitdem nehmen speziell Kommunen diesen Begriff für eine immer breitere Palette von Aufgaben in Anspruch – von Verkehr und Ver- und Entsorgung über Wohnungsbau, Finanzdienstleistungen, Bildung, Kultur, sozialen Schutz bis zur Raumordnung.

## Kommunen immer konsumlastiger

Der zunehmende Anspruch der „Daseinsvorsorge“ spiegelt sich auch in den kommunalen Haushalten wieder. Die Verschiebungen in der Ausgabenstruktur der letzten 10 Jahre zeigen klar: Der öffentliche Gestaltungsanspruch wird konsequent vom investiven in den politisch kurzfristig attraktiven konsumtiven Bereich verlagert.

## Überlegenheit privater Lösungen wird nicht anerkannt

Begründet wird der umfassende Anspruch der „Daseinsvorsorge“ mit der hoheitlichen Sicherung von Gemeinwohl und Chancengerechtigkeit. Privates Gewinnstreben, so heißt es, gehe zu Lasten der Qualität. Die an vielen Beispielen, zuletzt in Energieversorgung und Kommunikation belegte Überlegenheit privater Lösungen wird nicht anerkannt. Das Ergebnis: ein immer umfassenderer, oft genug gesetzlich abgesicherter Eingriff in die Gesellschaft und immer mehr kommunal verwaltete, notwendig marktfeindliche Monopole.

## Besitzstandsdenken verhindert notwendige Reformen

Im Zuge der Reform der Kommunal Finanzen lehnen die kommunalen Spitzenverbände das Anliegen der Wirtschaft auf mehr Transparenz in den Kommunal Finanzen konsequent ab. Das belegt: Obwohl die Kommunen sich der vorhandenen Probleme bewusst sind, nehmen sie sie zu Gunsten der mit der „Daseinsvorsorge“ verbundenen Bequemlichkeiten und Besitzstände gerne in Kauf.

## Der Kern der „Daseinsvorsorge“ unter den Rädern: Kommunen ziehen sich aus Infrastrukturfinanzierung zurück

Jüngst meinte der Präsident des Bayerischen Städtetages, mit dem von der Wirtschaft vorgeschlagenen Modell zur Reform der Gewerbesteuer würde sich „das Kapital von jeglicher Mitfinanzierung der kommunalen Infrastruktur verabschieden“. De facto passiert etwas ganz anderes:

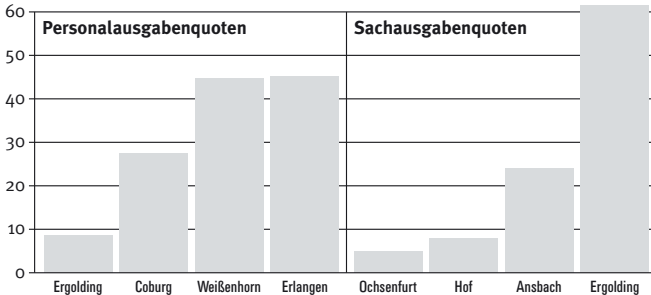
- Obwohl durch Reglementierung und Umverteilung in die Krise getrieben, muss die Wirtschaft dem Staat einen immer höheren Anteil der Wertschöpfung abgeben.

- Trotzdem sinken die Ausgaben aller staatlichen Ebenen für den Wachstumsfaktor Infrastruktur laufend. Im Gegenzug steigen speziell bei den Kommunen die Ausgaben für „Sonstiges“ und Soziales dramatisch an. Der ursprüngliche Kern der „Daseinsvorsorge“ wird ausgehöhlt!

Die Antwort auf diese Entwicklung ist im Prinzip einfach, in der Durchführung anspruchsvoll – und sie fordert Mut:

**Spielraum für Effizienz**

Unterschiedliche Ausgabenquoten in bayerischen Kommunen, Wert für 2002, in %



Quelle: Statist. Landesamt; Gemeinden über 10.000 EW, kreisfreie Städte

**1. Effizienzspielräume nutzen**

Die Kommunen müssen ihre Effizienzspielräume konsequent nutzen. Wie groß diese Spielräume sind, zeigen die hohen Differenzen der Personal- und Sachausgabenquote in bayerischen Städten und Gemeinden:

**2. Freiwillige und Pflichtleistungen ausforsten**

Wie viel Stadt braucht der Mensch wirklich? Nicht nur die freiwilligen Leistungen der Kommunen, sondern auch ihre gesetzlichen Verpflichtungen müssen durchforstet und konsequent ausgedünnt werden. Die Zuwachsrate der „Sonstigen Ausgaben“ der Kommunen zeigt, dass hier die Konzentration auf die sozialen Leistungen zu kurz greift.

**3. Transparenz bei den Kommunalausgaben**

Die Kommunalfinanzen müssen transparent werden – nicht nur auf der Einnahmen-, sondern auch auf der Ausgaben-seite. Das umfasst die Einführung kaufmännischer Prinzipien in der Buchführung genauso wie die Verschlinkung des hoch bürokratischen und mit hohen Systemkosten verbundenen Zuschusswesens, durch das die Kommunen am goldenen Zügel geführt werden – oft genug an der effizientesten Lösung vorbei. ■

**Wohin fließt unser Geld?**

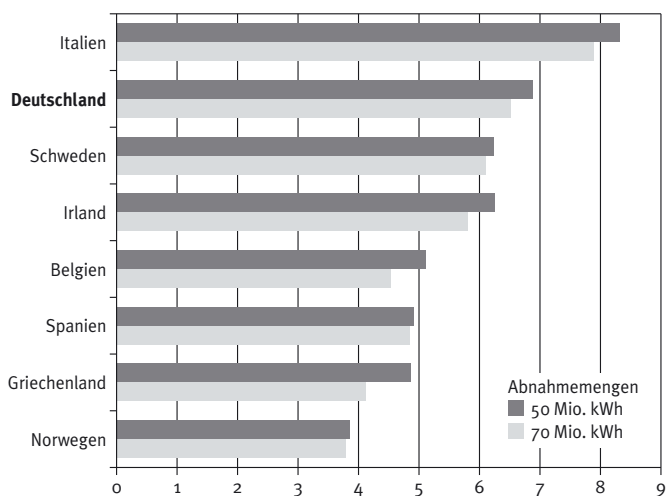
**Industrielle Strompreise: In Deutschland zahlt man mehr**

**Preisniveau zieht weiter kräftig an**

Die Industrie zahlt in Deutschland höhere Strompreise als fast überall sonst in Europa. Und die Tendenz weist weiter nach oben. Die Preise für Industriestrom stiegen von Januar 2001 auf Januar 2002 zwischen 0,8 und 6,2 %. Die gleichen Preise zogen dann bis Januar 2003 – je nach Abnahmemenge – nochmals um Werte zwischen 16,7 und 21,7 % an. Der exorbitante Anstieg lässt sich, so der BDI, nicht allein durch die Mehrbelastung durch Ökosteuern und EEG erklären. Auch die Netzentgelte sind eher stabil geblieben. Dennoch: Die Preise für die größeren Abnahmemengen von 24 bis 70 Mio. kWh/Jahr liegen heute höher als in den Jahren 1996 bis 1998. Regional gibt es Preisunterschiede zwischen 34,6 und 48,1 %. ■

**Vergleich der industriellen Strompreise in der EU**

Angaben in Cent/kWh, ohne Mehrwertsteuer



Quelle: Eurostat/BDI



# Staatseinnahmen und -ausgaben

## Einige interessante Tatsachen

Der Finanzminister hat kein Geld mehr – meint man. Sicher ist: Die Defizite im Bundeshaushalt steigen, zum zweiten Mal in Folge wird Deutschland die Defizitobergrenze von 3 % im Stabilitätsvertrag deutlich überschreiten. Doch wo liegt die Ursache, wo der Kern des Problems?

### Bundeseinnahmen seit 1998 um 6 Prozent gewachsen

2002 konnte der Finanzminister über Einnahmen in Höhe von 216,6 Mrd. € verfügen, zwar um 3,6 Mrd. € weniger als im Fiskaljahr 2001 (- 1,7 %), aber doch um 12 Mrd. € mehr als fünf Jahre zuvor (+ 5,8 %). Seine Haupteinnahmequelle, die Steuern, zeigen einen ähnlichen Verlauf: 2002 ein leichter Rückgang auf 192 Mrd. € (- 1,8 Mrd. €; - 0,9 %). Doch bereits in diesem Jahr kann Eichel gemäß der jüngsten Steuerschätzung mit höheren Einnahmen rechnen. Und im Jahre 2007 wird der Bundesfinanzminister über Steuereinnahmen in Höhe von knapp 221 Mrd. € verfügen, das sind um immerhin 29 Mrd. € mehr als 2002, ein Zuwachs von 15 %.

### Einnahmen und Ausgaben des Bundes im Überblick

in Mrd. €	1998	1999	2000	2001	2002
<b>Einnahmen</b>	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6
<b>Ausgaben</b>	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3
Investive Ausgaben	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1
Investitionsquote	12,5 %	11,6 %	11,5 %	11,2 %	9,7 %
Bauausgaben	5,7	6,0	5,6	5,6	5,4
Investitionsquote	2,5 %	2,4 %	2,3 %	2,3 %	2,1 %
Personalausgaben an Aktive für Versorgung	27,0	26,5	26,8	27,1	27,0
	20,7	20,3	20,4	20,6	20,5
	6,3	6,2	6,4	6,5	6,5
Sozialwesen Sozialquote	91,9	100,3	100,8	102	111,9
	39,9 %	40,6 %	41,2 %	42,0 %	44,9 %
Bundeszuschuss an Rentenkasse	51,3	60,5	65	69,1	72,9
Bundeszuschuss an BfA	3,9	9,7	0,9	1,9	5,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

### Ausgaben seit 1998 stärker als Einnahmen gestiegen

Wie aber geht er mit den hart verdienten Einnahmen seiner Bürger um? Die Ausgaben des Bundes nahmen von 233,6 Mrd. € im Jahre 1998 auf 249,3 Mrd. € im Jahre 2002 zu, ein Anstieg um 15,7 Mrd. € und damit 6,7 %. Weil die Einnahmen weniger anstiegen, war eine Zunahme der Verschuldung unausweichliche Folge.

### Investitionsausgaben aber kräftig gefallen

Die Ausgaben für Investitionen nahmen jedoch um 17,6 % ab. Wurden 1998 noch 29,2 Mrd. € für investive Ausgaben

verwendet, so waren es 2002 nur noch 24,1 Mrd. €, gerade einmal 9,7 % der Gesamtausgaben. Zukunftsvorsorge ist das nicht.

### Bauausgaben seit 1998 um 6,6 Prozent zurückgegangen

Auch die Bauausgaben, wichtigster Teil der Zukunftsvorsorge eines Landes, waren in diesem Zeitraum rückläufig. Sie gingen von 5,74 Mrd. € im Jahre 1998 auf 5,36 Mrd. € im Jahre 2002 zurück, ein Minus von 0,34 Mrd. € oder 6,6 %. Besonders stark betroffen war der Hochbau, der um fast 42 % einbrach. 1998 investierte der Bund noch 1,48 Mrd. € in den Hochbau, 2002 nur noch 0,87 Mrd. €. Nur im Tiefbau nahmen die Bundesausgaben leicht zu. 1998 wurden 4,26 Mrd. € im Tiefbau investiert, 2002 waren es mit 4,49 Mrd. € um 0,23 Mrd. € mehr, ein Zuwachs von 5,6 %.

### Nur mäßiger Zuwachs bei Personalausgaben, aber bedenkliche Strukturverschiebung

Die Personalausgaben des Bundes sind nur mäßig angestiegen, von 1998 bis 2002 um ein knappes Prozent (2002: 27 Mrd. €). Bedenklicher sind aber die Verschiebungen innerhalb der Personalausgaben. Immer mehr muss für die Versorgung der Rentner und Pensionäre des Bundes ausgegeben werden (2002: 6,6 Mrd. €; + 3,7 % gegenüber 1998), immer weniger bleibt da für die Aktiven (2002: 20,5 Mrd. €; - 1,0 % gegenüber 1998). Diese Schere zwischen Rentnern und Aktiven wird sich zukünftig weiter öffnen.

### Sozialausgaben seit 1998 um fast 22 Prozent angewachsen

Kräftig zugelegt haben die Sozialausgaben: Von 91,9 Mrd. € im Jahre 1998 stiegen diese auf zuletzt 111,9 Mrd. € an, ein Zuwachs von 20 Mrd. € bzw. um 21,8 %. Beanspruchten die Sozialausgaben 1998 noch 39,4 % der Bundesausgaben, so erhöhte sich dieser Anteil 2002 auf 44,9 %.

### Bundeszuschuss an Rentenkasse plus 42 Prozent, an Bundesanstalt für Arbeit plus 43 Prozent

Den größten Posten im Sozialhaushalt nimmt mittlerweile der Bundeszuschuss an die Rentenkassen ein, der zuletzt 77,3 Mrd. € umfasste, ein Anstieg um 42,1 % seit 1998 (51,3 Mrd. €). Noch etwas stärker, um 42,5 %, stieg der Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit an. Im Jahre 2002 bekam sie 5,6 Mrd. € aus dem Steuertopf, zusätzlich zu ihren eigenen Einnahmen in Höhe von 50,9 Mrd. €. Doch ist die „Leistungsbilanz“ dieser Arbeitslosenverwaltungsanstalt nicht berauschend. Der sogenannte 2. Arbeitsmarkt tritt häufig in Konkurrenz zu privaten Betrieben und vernichtet dort Arbeitsplätze. ■

# Gesundheitsreform: Wo bleibt die Transparenz?

Im Gegensatz zu anderen Reformbereichen vermeidet die Debatte zur Gesundheitsreform einen grundsätzlichen Fehler: Sie will nicht in erster Linie durch neue Abgaben die Einnahmen des Systems erhöhen. Aber auch das Gegenstück fehlt: eine ordnungspolitisch sinnvolle Antwort auf die Frage, wie die Ausgabendynamik nachhaltig in den Griff zu bekommen ist. Anstatt auf die immanenten selbstregulierenden Kräfte der Marktwirtschaft zu setzen, wird weiter mit Kostendämpfung durch staatliche Reglementierung experimentiert. Das bestätigt sich an drei wichtigen Merkmalen des Konsenspaketes zur Gesundheitsreform:

1. Die Leistungskürzungen der öffentlichen Kassen bleiben marginal. Das Hauptelement, die Herausnahme des Zahnersatzes, ist ein so kleiner Schritt, dass die Richtung sichtbar wird. Es bleibt beim nur pädagogischen Heranführen an Eigenverantwortung.
2. Wettbewerbselemente, mit denen eine nachhaltige Effizienzsteigerung und Ausgabenbegrenzung des Gesundheitswesens erreicht werden könnten, spielen kaum eine Rolle. Einziger Ansatz ist die Zulassung von Internet-Apotheken. Schon die Genehmigung von bis zu drei Filialen einer Apotheke aber dürfte keine Marktwirkung entfalten: rabattträchtiges Nachfragepotential entsteht erst durch die Zulassung größerer Ketten.
3. Transparenz wird zwar thematisiert, bleibt aber ohne positiven Anreiz. Der einzige Anreiz setzt zwar beim Versicherten an, kostet aber dessen Geld. Das wird nicht wirken.

## Transparenz, Wettbewerb und Eigenverantwortung

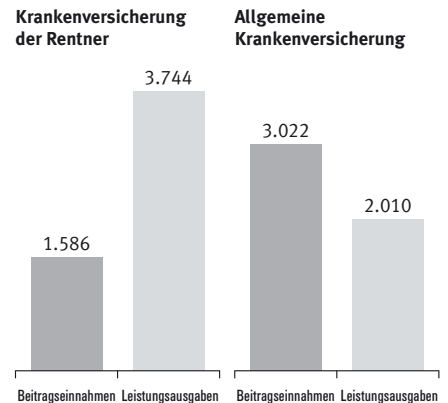
Die Schlüssel, um das Gesundheitssystem nachhaltig zu reformieren, sind Transparenz, Wettbewerb und Eigenverantwortung. Heute krankt es in allen drei Bereichen:

- Nirgendwo zeigt sich Interesse an echter Transparenz im Gesundheitswesen. Dabei ist etwa Kostentransparenz für privat Versicherte selbstverständlich.
- Wettbewerb wird als Weg in die Zwei-Klassen-Medizin disqualifiziert - obwohl nur der Wettbewerb dafür sorgen kann, dass hochwertige Leistung zu bezahlbaren Preisen generiert werden kann.
- Eigenverantwortung wird nur als Kostenbeteiligung, nicht aber als Wettbewerbselement organisiert. Dabei führen auch hier die PKV vor, wie die Kombination von Transparenz und Selbstbehalt als Kostenbremse genutzt werden kann.

## Mit Praxisgebühr Transparenz finanzieren

Transparenz, also Klarheit über Zahlungs- und Leistungsströme, ist die erste Voraussetzung, um Wettbewerb und Eigenverantwortung möglich zu machen. Der eigentliche Nutzer des Gesundheitssystems, der Patient, wird aber nicht als Kunde behandelt und kann damit auch keine Steuerungsfunktion übernehmen. Er kennt weder die Kosten, die er verursacht, noch ist er sich seiner Beiträge gänzlich bewusst. Das wichtigste Instrument zur Herstellung von Transparenz ist eine Rechnung, die jeder Arzt und jedes Krankenhaus erstellt und die der Patient erst nach genauer Prüfung seiner Kasse zur Erstattung vorlegen darf. Es läge auf der Hand, etwa die

## Wer weiß, was seine Gesundheit kostet? Pro-Kopf-Leistungen und Kosten im Vergleich (GKV West 1999, in Euro)



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

neue Praxisgebühr einzusetzen, um die Patienteninformation über Arztleistungen und -rechnungen zu finanzieren.

## Effizienz durch neues Patientenverhalten

Dieses einfache Mittel würde dreierlei erreichen: Der Patient wird sich bewusst, welche Kosten er verursacht hat. Wer Kosten kennt, wird von selbst kostenbewusst. Unnötige Untersuchungen und Maßnahmen unterbleiben, Kontrolle schützt vor Falschabrechnung. All dies führt zu höherer Produktivität, gezielterem Mitteleinsatz und einer enormen Effizienzsteigerung. Gewinner sind die Patienten mit niedrigeren Beiträgen, die Leistungserbringer (Ärzte und Krankenhäuser) über bessere Erträge. Das Gesundheitssystem wird von einer Kostenfalle zur Zukunftsindustrie mit enormen Wachstumschancen. ■

# Zukunft „Autobahn AG“

Infrastrukturqualität – Anlageperspektive – Entlastung des Staates

## Verkehrsinfrastruktur marktwirtschaftlich kontrollieren

Ein Umdenken in der Verkehrspolitik forderte der Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, auf dem Symposium „Verkehrsengpass Süd“ am 26.6.2003 in München. Das Autobahnnetz sei wie ein investives Gut zu behandeln, das jedem, der darauf fährt, einen Nutzen bringt. „Es muss deshalb wie jedes andere Investitionsgut finanziert werden, um daraus Erträge zu erwirtschaften“, erklärte Prof. Bauer.

## Privates Geld ist da, fließt aber ins Ausland

Prof. Bauer schlägt vor, alle Autobahnen an Betreiber mit privatrechtlicher Gesellschaftsform zu übertragen, selbst wenn momentan der Staat Eigner bleibe. Die Übertragung an Private könnte allmählich erfolgen. Von dieser Organisationsreform verspricht sich Prof. Bauer notwendige Strukturveränderungen und sinnvollerer Mitteleinsatz im Bundesfernstraßenbau. Die notwendigen finanziellen Ressourcen sieht Prof. Bauer unter anderem bei den deutschen Immobilienfonds: 2002 sind diesen 14,9 Mrd. €, im 1. Quartal 2003 7,1 Mrd. € neue Mittel zugeflossen. Die Beliebtheit der Immobilienfonds erklärt sich leicht: 40 Jahre verlustfrei, 2002 eine Rendite von 4,7 %, bei hohen Verlusten an der Börse. Allerdings sind allein 2002 75 % der eingesammelten Mittel aus Mangel an inländischen Investitionsalternativen in das Ausland abgeflossen.

## Win-Win-Situation

Ein wenig guter Wille vorausgesetzt, ergäbe sich aus einer Autobahn AG eine mehrfache Win-Win-Situation:

- für die privaten Anleger, die eine *Investitionsalternative zur gewerblichen Immobilie und zur Aktie* suchen oder durch Diversifizierung ihr Risiko vermindern wollen,
- für die öffentlichen Gebietskörperschaften, die *privates Kapital zum Abbau des öffentlichen Investitionsstaus* nutzen könnten, und
- für die deutsche Bauindustrie, die auf *zusätzliches Risikokapital zur Finanzierung von PPP-Projekten* zurückgreifen könnte.

Zusätzlich bietet sich eine Autobahn AG als langfristiges Anlagemedium für die kapitalbasierte Säule der Rentenversicherung an.

## Fehlende gesetzliche Voraussetzungen

Kleine Haken bleiben: Das Kapitalanlagegesellschaftengesetz sieht zurzeit nicht vor, dass Immobilienfonds Konzessionsrechte erwerben dürfen. Prof. Bauer hält dieses Hin-



„Ein so teures Gut wie die Verkehrsinfrastruktur muss einer marktwirtschaftlichen Kontrolle unterworfen werden.“  
BBIV-Präsident Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, hier mit dem Moderator des Symposiums „Verkehrsengpass Süd“, Dr. Heik Afheldt

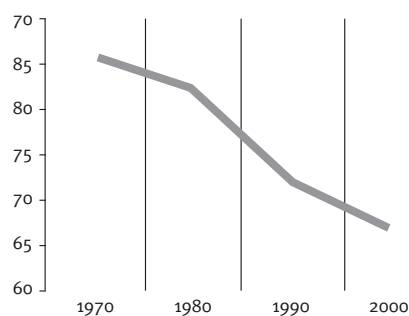
dernis jedoch für überwindbar – immer vorausgesetzt, dass Bund und Länder das privatwirtschaftliche Projekt ernsthaft zum Erfolg führen wollen. Als Beitrag zu verlässlichen Rahmenbedingungen forderte Prof. Bauer weiter die schnelle Klärung der ertrags- und umsatzsteuerlichen Behandlung privater Betreibermodelle im Bundesfernstraßenbau durch das Bundesministerium der Finanzen.

## Alle Projekte auf PPP-Perspektive prüfen

Vor dem Hintergrund des Finanzdesasters der Öffentlichen Hand und der großen Chancen, die sich aus dem privaten Bau und Betrieb (PPP) von Verkehrswegen ergeben, äußerte Prof. Bauer Unverständnis darüber, dass die Bundesregierung schon beim Einstieg in diesen neuen Weg zögerlich vorgehe. Bei der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplanes habe sie die einmalige Chance verpasst, alle Straßenverkehrsprojekte auf privatwirtschaftliche Realisierbarkeit zu überprüfen. ■

## Die Infrastruktur verfällt:

### Modernitätsgrad der deutschen Bundesfernstraßen



Die deutschen Bundesfernstraßen sind in einem immer schlechteren Zustand.

Ein privater Autobahnbetreiber, Aktionären verantwortlich, könnte sich diesen Raubbau niemals leisten.

Netto-Anlagevermögen in Prozent des Bruttoanlagenvermögens.  
Quelle: BMVBW

# Bayern für den Menschen gestalten Mobilität im Ländlichen Raum

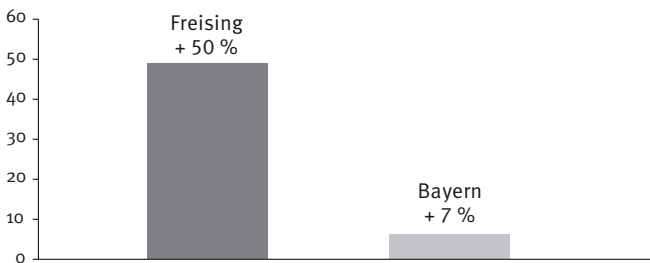
Wachstumsraten um Null, bald 5 Millionen Arbeitslose: das zentrale Problem Deutschlands ist der wirtschaftliche Stillstand. In Bayern bekommt der ländliche Raum die Folgen überdurchschnittlich zu spüren. Schlüsselfaktor, die Wachstumsschwäche zu überwinden, ist dort mehr als anderswo die Mobilität. Die Sommerakademie 2003 der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum ging der Frage nach, ob der Landesentwicklungsplan (LEP) Bayern 2003 hier die richtigen Schwerpunkte setzt. Der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess, nahm Stellung:

## Mobilität und Wachstum

Regionen mit einer Infrastruktur, die hohe Mobilität sichert, haben erkennbar bessere Wirtschaftsdaten als andere. Bestes Beispiel ist der Landkreis Freising: Dank Flughafen München erlebt er seit Jahren einen Beschäftigungsboom, die Wachstumsraten sind enorm.

## Flughafen München als Entwicklungsimpuls Region Freising hebt ab

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, Veränderung 2002/1990 in %



## Das Gewicht der Straße

So wichtig Schiene und Mobilitätsmix sind: von Ernst & Young in einer großen Umfrage befragte Unternehmer halten die Straßenanbindung für den wichtigsten Standortfaktor. Die Praxis bestätigt diese Position: Die bayerischen Regionen ohne Autobahnanschluss decken sich mit ländlichen Teilregionen, in denen der LEP besonderen Entwicklungsbedarf sieht. Besonders markant: der Osten Oberbayerns, die Oberpfalz, die Region westlich Ingolstadts.

## Entwicklungshemmende Schwerpunkte im LEP

Der Landesentwicklungsplan kennt den Entwicklungsbedarf. Aber, so Hess: wird er ihm auch gerecht? Findet sich der mit dem Namen verbundene Anspruch auch inhaltlich wieder? Belegt nicht schon das in Seitenzahlen messbare Übergewicht von Umweltschutz, Kultur und Sozialem, dass hier Entwicklung hinter Schutzabsichten zurücksteht?

## Durch intelligente Lösungen Tabus aufbrechen

„Bayern“, sagt Hess, „ist keine Konserve. Bayern muss für den Menschen gestaltet, in Bayern muss für Menschen gebaut werden.“ Landesentwicklung braucht gleiches Gewicht wie Umweltschutz. Als Königsweg und Chance, hier festgefahrene Tabus aufzubrechen, sieht Hess die intelligente Kopplung beider Anliegen:

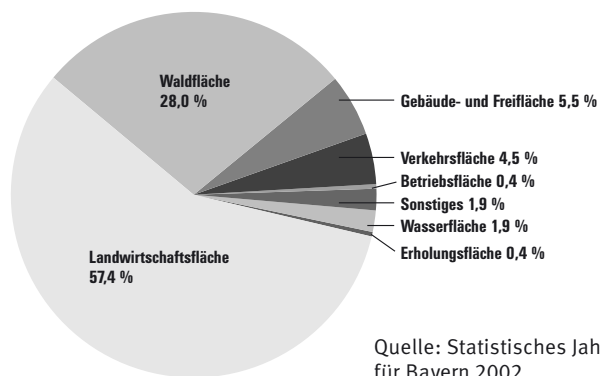
- Mobilität, die Wachstum anstößt – und so Mittel freisetzt, um in die Umwelt zu investieren.
- Flächenschutz, der intelligente Flächennutzung und Landesentwicklung verbindet.

## Synergieeffekte für Entwicklung und Umwelt

Mit konkreten Projektideen zeigt Hess auf, wie diese grundsätzlichen Ziele umgesetzt werden können:

- Ein „*Forschungsprojekt Flüsterverkehr*“, das statt flächenverbrauchenden Lärmschutzbauten an Autobahnen den Verkehrslärm an der Quelle, der Schnittstelle Reifen-Fahrbahn, bekämpft;
- ein *Entwicklungsprojekt „Die Städte den Menschen“*, das durch Tiefgaragenbau innerörtlichen Mobilitätsstau auflöst und Räume für die Menschen zurückerobert;

## Flächenverbrauch und Mobilität Flächennutzung in Bayern



- ein *Perspektivprojekt „Intelligent verdichten“*, das die Auswirkungen auf den Bedarf an öffentlicher Infrastruktur – Verkehrswege, Ver- und Entsorgung, Schulen und Kindergärten – analysiert und in einen konkreten wirtschaftlichen Zusammenhang mit Entwicklungsperspektiven stellt.

## Begeisterung für konkrete Lösungen

Umdenken in diesem Sinne hat für Hess eine Voraussetzung: Es muss politisches Anliegen werden, die notwendige Akzeptanz für Mobilität und ihre Infrastruktur zu schaffen: „Bauverwaltungen müssen Begeisterung für konkrete Lösungen hervorrufen.“ ■

## Gesucht: ein Trommler für Oberfranken

5-Punkte-Programm der Bauwirtschaft soll Oberfranken an die Spitze bringen

Hohe Beachtung und Beifall nicht nur aus der Bauwirtschaft, sondern auch bei Vertretern von Bezirksregierung, Städten und Gemeinden fand die am 10.7.2003 von Bauindustrie, Bauhandwerk und Industrieverband Steine und Erden in Bayreuth vorgestellte „Offensive Modellregion Oberfranken“. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Dipl.-Ing. Horst Klee, hob zu diesem Anlass hervor: „Oberfranken hat traditionell hervorragende Standortvoraussetzungen. Wenn es gelingt, sie zu bündeln, können wir im Wettbewerb der Regionen wieder an die Spitze rücken.“ Trotz aktuell großer wirtschaftlicher Probleme insbesondere am Bau sieht Klee hier große Zukunftspotentiale, die es zu aktivieren gilt.

### „Trommler für Oberfranken“ soll managen und werben

Die „Offensive Modellregion Oberfranken“ will die in vielen Bereichen führende industrielle Kompetenz der Region, ihr hohes wissenschaftliches Potential und die aus der zentralen Lage in einer erweiterten EU erschließbaren Chancen bündeln. Eine Aufgabe, die politisches Management und Werbung verbindet. Damit sie bewältigt werden kann, setzt Klee auf einen „Trommler für Oberfranken“.

### Erfolg durch Anreize

Hauptaufgabe dieses Trommlers: durch geschickte Anreize das hohe Potential der Region zu wecken, um die „Offensive Modellregion Oberfranken“ zum Selbstläufer zu machen. Dem dienen vier Initiativen:

- Die *Vernetzung Oberfrankens mit Europa* will Klee zum Gegenstand eines Schüler- und Studentenwettbewerbs „*Der Nabe Europas Speichen geben*“ machen.
- *Universitäten und Wirtschaft* sollen in einem *Ideenwettbewerb* „*Wer ist der beste Gipfelstürmer*“ einen Anreiz zur Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekte erhalten.
- Durch die *Auslobung eines großzügigen Preises für das überzeugendste Projekt privatwirtschaftlicher Realisierung staatlicher Aufgaben* will Klee auch in der Öffentlichen Verwaltung die Spitzenstellung Oberfrankens ausbauen.
- Und schließlich regt er eine *Aktion* „*Alternative Oberfranken: die Umwelt wird entrümpelt*“ an, um durch eine gründliche *Verschlinkung des unübersichtlichen Urwaldes an Umweltnormen* Signale über die Region hinaus zu setzen. Dem dient auch eine – schon von der Staatsregierung angeregte – *Einschränkung des Klagerechtes der Umweltverbände gegen Entwicklungsvorhaben* aller Art. Das gesteckte Ziel hält Klee für hoch, aber erreichbar: „Was für den Bau gilt, gilt auch für Oberfranken: Wenn wir unsere Stärken bündeln, gewinnen wir die Zukunft.“ ■



Dipl.-Ing. Horst Klee,  
Bezirksvorsitzender  
Oberfranken des BBIV,  
fordert einen  
„Trommler für Oberfranken“

### Forschung statt Flächenfraß

Einen konkreten Vorschlag zur Entwicklung regionaler Kompetenzen präsentierte der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess: „Jedermann ist gegen Flächenfraß. Aber mir fehlen intelligente Alternativen“.

### Lärm an der Quelle reduzieren

Lärmschutz an Autobahnen etwa sei teuer, verschandle die Landschaft und beanspruche große Flächen. Dabei sei es mit Flüsterasphalt schon heute möglich, Lärmemissionen an der Quelle deutlich zu reduzieren. Für einen Verzicht auf Lärmschutz reiche das allerdings noch nicht. Was fehlt, ist die Abstimmung der Reifenentwicklung auf die Hightech-Angebote von Asphaltforschung und Bauindustrie.

### Forschungsprojekt Flüsterverkehr

„Forschung im Dornröschenschlaf“ nennt das Hess, und fordert: „Wir müssen endlich so weit kommen, dass statt Flächenfraß intelligente Forschung finanziert wird“. Konkret regt Hess an, derzeit in den Lärmschutz fließende Gelder umzulenken in ein „Forschungsprojekt Flüsterverkehr“, angesiedelt in Oberfranken. Durch die im dortigen „Kompetenzzentrum Neue Materialien“ gebündelten wissenschaftlichen Kapazitäten und die starke Aufstellung der Automobilzulieferer seien die Forschungsvoraussetzungen zur Entwicklung eines neuen Spitzenproduktes hier besonders günstig.

Mehr zur „Offensive Modellregion Oberfranken“ finden Sie unter [www.bauindustrie-bayern.de](http://www.bauindustrie-bayern.de)

So lange ist es nicht her, da konnte man, etwa ab dem Hienberg, seinen neuen Wagen gut ausfahren; auf der Autobahn nach Hof ging das, der Verkehr war ungewöhnlich überschaubar, Oberfranken spielte, auf höheren historischen Ratschluss, die Dornröschenrolle der Grenzregion, hinter der eigentlich nichts Rechtes mehr kam.

In Science-Fiction-Schmökern nennt man derlei eine „schlafende Energie“ und ruft immer: „Wehe, wenn sie losgelassen!“ Geweckt wurde besagte Energie, als sich mit der Grenz- und Ostöffnung die Welt veränderte und Oberfranken in die hektische Rolle eines Transitlandes katapultierte, das Ideen, Verkehr und Wirtschaftskraft beinahe magisch anzog. So erging es auch anderen Regionen, und die teilten mit Oberfranken das Schicksal, dass die Entwicklung sich nicht immer nach den besten Standortvoraussetzungen richtet und manchmal unvernünftige Wege geht.

Manchmal dauern Wunder etwas länger und sind gar keine, sondern das Ergebnis genauerer, unaufgeregter Überlegung, an die Stelle von Klageliedern gesetzt. Wie sich eine ganze Region dranmachen kann, über Jahre vernachlässigte, brachliegende und unterbewertete Qualitäten zu wecken, zu bündeln und zu vernetzen – das zeigt neuerdings die koordinierte „Offensive Modellregion Oberfranken“, vorangeführt vom BBIV, gebündelt mit dem Industrieverband Steine und Erden und dem Bauhandwerk. Sie soll, erklärtes Ziel, Oberfranken „im Wettbewerb der Regionen wieder an die Spitze rücken“.

Die Region besinnt sich ganz einfach auf Vorhandenes, auf wenig Genutztes. Auf das führende industrielle und wissenschaftliche Potential, auf die zentrale Lage im erweiterten Europa. Auf Chancen. Ungehobene Schätze.

Neu ist nicht, dass man mit solchem Material Zukunft bauen möchte. Neu aber sind Bündelung und Vernetzung, neu ist die Vision von einer „Region aus einem Guss“. Sie wendet sich nach innen wie nach außen, mit Studenten- und Schülerwettbewerb, mit Forschungsprojekten, mit der privatwirtschaftlichen Realisierung staatlicher Aufgaben, mit vielem anderen und mehreren Instrumenten. „Wenn wir unsere Stärken bündeln, gewinnen wir die Zukunft“.

Nicht zuletzt initiiert die Bauwirtschaft das Ganze, um einige Selbstverständlichkeiten zu unterstreichen und zu verstetigen. Dass Bauen die Hauptkomponente der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist. Dass nach Branchen sortierte Bemühungen unvollständig bleiben - die Bündelung kann es bringen. Dass man vorankommt, wenn man eigene Kraft einsetzt und das Heil nicht immer von draußen erwartet - vom zuständigen Staat oder externen Investoren.

Damit geht die „Offensive“ über Oberfranken hinaus und empfiehlt sich zur Nachahmung. Später könnte man das Ganze ein „Modellprojekt zur Selbsthilfe“ nennen.

# Region aus einem Guss

**Von Rechtsanwalt Gerhard Hess  
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e.V.**

## Aktuelle Probleme des Straßenbaus

Fritz Lobnik, Vorsitzender der Fachabteilung Straßenbau des BBIV

*Dipl.-Ing. Fritz Lobnik wurde im April dieses Jahres zum neuen Vorsitzenden der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes gewählt. Wir haben ihn zu aktuellen Problemen des Straßenbaus befragt.*

**i.d.:** Welche aktuellen Probleme beschäftigen Sie zu Beginn Ihrer Amtszeit?

**Lobnik:** Erstes wichtiges Thema sind die geradezu dramatische Verkehrsentwicklung in Deutschland und die weit hinterher hinkenden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Das, was jahrzehntelang als Standortvorteil unseres Landes galt – nämlich eine hervorragend ausgebaute Verkehrsinfrastruktur -, wird zunehmend verspielt.

**i.d.:** Was bedeutet das für den Bundesfernstraßenbau?

**Lobnik:** In Deutschland ist und bleibt die Straße der Verkehrsträger Nr. 1. Nach aktuellen Trendprognosen nehmen die Verkehrsleistungen zwischen 1997 und 2015 beim Personenverkehr um 20 % und beim Güterverkehr um 64 % zu. Deshalb und weil viele weiträumige Straßenverbindungen schon heute an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen, ist ein weiterer Ausbau des Fernstraßennetzes unverzichtbar. Dafür und für den anstehenden Bestandserhalt brauchen wir dringend eine Anhebung des Bundesfernstraßenhaushalts um jährlich 2 Mrd. €. So übrigens auch ein einstimmiger Beschluss der Verkehrsministerkonferenz.

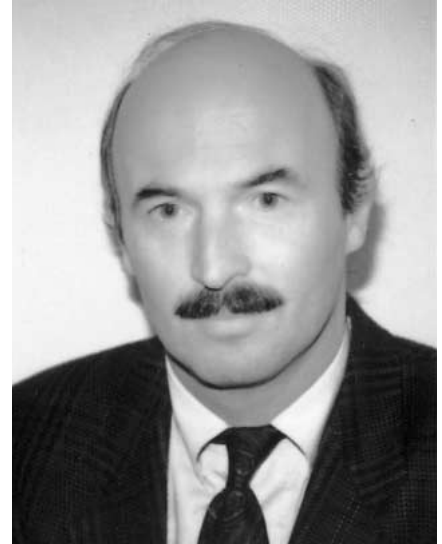
**i.d.:** Vor diesem Hintergrund können Sie ja wohl mit dem Anteil des Bundesfernstraßenbaus im Bundeshaushalt 2004 nicht zufrieden sein?

**Lobnik:** Richtig. Ich bin schlichtweg entsetzt, dass der Bund im Jahr 2004 weniger als 2003 in die Verkehrswege

investieren will, obwohl aus dem Verkehr über die Lkw-Maut 2,8 Mrd. € mehr an Einnahmen abgeschöpft werden. Erst kürzlich hatten sich Bundestag und Bundesrat darauf geeinigt, die Lkw-Maut solle – abzüglich der Systemkosten – zusätzlich dem Verkehrshaushalt zugeführt und im vollen Umfang zweckgebunden für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur verwendet werden, und zwar überwiegend für den Bundesfernstraßenbau. Die geplante Umsetzung sieht anders aus: Der Bundesfinanzminister führt zwar 2,1 Mrd. € aus den Maut-einnahmen dem Verkehrsetat zu, kürzt dafür aber die dort hinein fließenden Steuermittel um 2,2 Mrd. €. Das läuft am Sinn der Mauteinführung völlig vorbei.

**i.d.:** Ein weiteres aktuelles Stichwort ist die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans. Wie ist hier Ihre Einschätzung speziell aus bayerischer Sicht?

**Lobnik:** Bayern hat hier rund 360 Fernstraßenprojekte mit einem Finanzvolumen von über 14 Mrd. € zur Bewertung angemeldet. In dem Bundesverkehrswegeplan sind hiervon zahlreiche Projekte nicht im „vordringlichen Bedarf“, der bis 2015 umgesetzt werden soll. Vieles steht nicht einmal im „weiteren Bedarf“, kann also selbst nach 2015 nicht angegangen werden. Erfreulicherweise enthält der am 2. Juli dieses Jahres vom Bundeskabinett beschlossene Bundesverkehrswegeplan gegenüber der Entwurfsfassung vom März 2002 weitere 27 bayerische Fernstraßenprojekte mit Gesamtkosten von über 500 Mio. € im vordringlichen Bedarf. Für weitere 12 Projekte, die im Bedarfsplanentwurf in den weiteren Bedarf eingestuft sind, ist Planungsrecht eingeräumt. Das heißt, diese Vorhaben können planungsrechtlich vorange-



trieben werden, ohne dass die Laufzeit des vordringlichen Bedarfs bis 2015 abgewartet werden muss. Wir können zwar aus bayerischer Sicht, beispielsweise was die Einstufung der B 15 neu betrifft, immer noch nicht zufrieden sein. Trotzdem sind nicht unerhebliche Verbesserungen zu Gunsten des Fernstraßenbaus in Bayern erreicht worden.

**i.d.:** Die privatwirtschaftliche Realisierung von Straßenbauprojekten in Deutschland gilt als Hoffnungsträger. Wie beurteilen Sie das?

**Lobnik:** Hier muss alles getan werden, um die anstehenden Maßnahmen im A-Modell zum Laufen zu bringen. Dafür müssen schnellstens die noch offenen steuerlichen Probleme durch das Bundesfinanzministerium geklärt und das allseits geforderte, strukturierte Verhandlungsverfahren entwickelt werden. Darüber hinaus müssen den Straßenbauunternehmen bei den A-Modellen realistische Beteiligungschancen gesichert und die Risiken fair verteilt werden.

**i.d.:** Vielen Dank für das Gespräch. ■

# Mitarbeitergespräche als effizientes Führungsinstrument

## Warum wird nicht delegiert?

Mitarbeitergespräche zählen zu den zentralen Instrumenten der Menschenführung. Nur wer seine Mitarbeiter kennt, kann diese auch richtig einsetzen, so dass sie der Baustelle und dem Unternehmen den größtmöglichen Gewinn bieten. Der eine ist stark und exakt im Vermessen, kann aber schwer mit Menschen umgehen und erlebt Freundlichkeit zum Beispiel dem Auftraggeber gegenüber als „sich verbiegen“. Der andere legt am liebsten selbst Hand an, wenn es um das Betonieren von Decken geht, während der gewerbliche Arbeiter oder Subunternehmer daneben steht und ihn machen lässt. Alles dies ist bekannt. Aber werden daraus auch die richtigen Schlüsse für das Führungsverhalten gezogen? Was bewegt etwa einen Polier dazu, nicht zu delegieren? Fühlt er sich in seiner Rolle als Führungskraft unwohl? „Ich kann doch die Kollegen nicht so reinreiten!“ oder „Der kapiert das sowieso nicht, bevor ich das dem lange erkläre.“

## Mitarbeitergespräche finden oft nicht statt

Über 70 % aller Mitarbeiter sind am falschen Platz eingesetzt. Eine erschreckende Zahl, die sich nur dadurch erklären lässt, dass Führungskräfte mit den Mitarbeitern zu wenig reden. Umgekehrt natürlich auch. Der Effekt auf die Produktivität ist dramatisch. Die meisten Bauunternehmen sehen deshalb regelmäßige Mitarbeitergespräche vor. Hier können Probleme reflektiert, analysiert und daraus konkrete Maßnahmen für die Zukunft abgeleitet werden. Leider werden diese Gespräche oft nicht geführt: Zur Entschuldigung wird erstens das Sisyphus-Phänomen angeführt: Man habe dafür wirklich keine Zeit. Auf Deutsch: Man hat soviel Arbeit, dass die Zeit fehle, die Effizienz der Arbeit zu stei-

### Treppe zum Erfolg: 5 Phasen der Motivation durch Mitarbeitergespräche

Erfolg durch Zielerreichung  
Zukunftsperspektiven vereinbaren  
Vertrauen aufbauen,  
besser kennen lernen  
Ankündigung  
Mitarbeitergespräch  
Alltag

gern, also zu führen. Unternehmen, die sich für Mitarbeitergespräche entschieden haben, sollten sich mit solchen Ausreden nicht zufrieden geben. Sie sind allenfalls Anlass, mit der Führungskraft, die keine Mitarbeitergespräche führt, selbst ein derartiges Gespräch zu vereinbaren.

### Fördergespräch und Unternehmensnutzen

Zweitens wird angemerkt, Mitarbeitergespräche brächten nichts. „Hätten wir mal gemacht, kostet Zeit und Geld und bringt uns nicht weiter.“

### Erfolgreiche Führung durch Mitarbeitergespräche – 5 Merksätze

1. Das Mitarbeitergespräch ist die effizienteste Möglichkeit, den Mitarbeiter besser kennen zu lernen
2. Werfen Sie vorgefasste Meinungen über Bord, bevor Sie Wahrnehmungsverzerrungen verfallen
3. Bauen Sie Vertrauen auf: Vorbereitung, zuhören, verstehen wollen.
4. Gezieltes Hinterfragen ist wichtig, um verstehen zu können
5. Stellen Sie das förderungswürdige Potential des Mitarbeiters in den Vordergrund

Aber: Wie wurde das Mitarbeitergespräch geführt? Führungsgespräche scheitern, wenn sie als Verurteilungsgespräch missverstanden werden. Der Mitarbeiter wird dann nicht neutral betrachtet. Sobald aber der Mitarbeiter nur mit Vorurteilen und Vorwürfen konfrontiert wird, befasst er sich mehr mit Rechtfertigung als mit Impulsen für die tägliche Arbeit. Ausschließlich rückwärts geführte Mitarbeitergespräche bringen deshalb nichts, die Zukunft sollte im Mittelpunkt stehen. Ein gut geführtes Fördergespräch bringt dem Einzelnen mehr Perspektiven und dem Unternehmen mehr Nutzen als ein klassisches Beurteilungsgespräch. Kein Gespräch sollte ohne positive Optionen für die Zukunft enden.

### Vertrauensbildung kann man lernen

Diese Grundregeln und die Fähigkeit, im Gespräch Vertrauen aufzubauen, gelten für nahezu alle Mitarbeitergespräche, egal ob Einstellungsgespräche, Kritikgespräche oder Fördergespräche. Mit positiver Offenheit Vertrauen aufzubauen wird zur echten Führungsaufgabe. Ziel ist, dass sich selbst der hartgesottene Mitarbeiter im Gespräch öffnet. Zur Vertrauensbildung trägt die ausführliche Vorbereitung ebenso bei wie die Struktur des Gespräches und die Gesprächsführung selbst. All dies kann man lernen. Und Führungskräfte sollten dies beherrschen. Denn letztlich ist jedes Unternehmen die Summe der richtig eingesetzten Mitarbeiter. ■

### Spezielle Seminare zu Mitarbeitergesprächen:

15.10.2003, BauindustrieZentrum Wetzendorf, info.wetzendorf@bauindustrie-bayern.de  
4./5.3.2004, BauindustrieZentrum Stockdorf, info.stockdorf@bauindustrie-bayern.de



## Aktuelle Rechtsprechung

### **Architektenvollmacht, vereinbarte Beschaffenheit, Nachbesserungskosten (§§ 164 ff, 633 ff. BGB)**

1. Die dem Architekten erteilte Vollmacht erfasst nur die üblicherweise zur Erfüllung der Bauausführung erforderlichen rechtsgeschäftlichen Erklärungen, nicht hingegen die Befugnis, den Vertrag in wesentlichen Punkten zu ändern.

2. Ein Mangel eines Bauwerkes liegt vor, wenn die Bauausführung von dem geschuldeten Werkerfolg abweicht und durch diesen Fehler der nach dem Vertrag vorausgesetzte Gebrauch gemindert wird. Für die Frage, ob ein Mangel vorliegt, ist es unerheblich, dass die Bauausführung möglicherweise wirtschaftlich und technisch besser ist als die vereinbarte.

3. Die Einrede der Unverhältnismäßigkeit betrifft nur den Aufwand für die Nachbesserung des Planungsmangels eines Architektenwerkes und nicht die Mangelfolgeschäden. Die aufgrund eines Planungsmangels verursachte Mangelhaftigkeit des Bauwerkes ist kein Mangel des Architektenwerkes, sondern die Folge des Planungsmangels.  
*BGH, Urteil vom 7.3.2002 – Az.: VII ZR 1/00 (BauR 2002, 1536)*

### **Fälligkeit des Werklohns bei Minderung (§ 634 BGB a. F.; § 638 BGB n. F.)**

Der Vergütungsanspruch des Unternehmers für ein mangelhaftes Werk wird ohne Abnahme fällig, wenn der Besteller nicht mehr Erfüllung des Vertrages, sondern Minderung verlangt.

*BGH, Urteil vom 16.5.2002 – Az.: VII ZR 479/00 (EBE/BGH 2002, 227 = IBR 2002, 465)*

### **Änderung des Pauschalpreises auch dann, wenn keine wesentliche Abweichung vom vereinbarten Preis (§ 2 Nr. 7 Abs. 1 Satz 4, § 2 Nr. 5 VOB/B)**

§ 2 Nr. 5 VOB/B ist bei einem Pauschalpreisvertrag auch dann anwendbar, wenn die geändert ausgeführte Leistung zu keiner wesentlichen Abweichung vom vereinbarten Preis führt.

*BGH, Beschluss vom 12.9.2002 – Az.: VII ZR 81/01*

### **Richtiger Adressat bei Bedenkenhinweispflicht des Auftragnehmers (§ 4 Nr. 3 VOB/B)**

Der Auftragnehmer genügt seiner Hinweispflicht, wenn er dem örtlichen Beauftragten des Auftraggebers seine Bedenken mitteilt. Verbleibt dieser daraufhin bei der vorge-

sehenen Art der Ausführung, führt dies nur zur Haftung des Auftragnehmers, wenn die Art der Ausführung fachlich nicht zu vertreten ist.

*OLG Celle, Urteil vom 29.5.2000 – Az.: 7 U 40/99; BGH-Nichtannahmebeschluss vom 13.9.2001 – Az.: VII ZR 271/00 (Baurecht 2002, 93)*

### **Gewährleistungsprobleme (§ 13 VOB/B)**

*I. Schallschutzmängel an Reihenmittelhaus durch Eigenleistung des Nachbarn: Unverhältnismäßiger Aufwand?*

1. Die Erwerber eines neu zu errichtenden Reihenmittelhauses können von dem Bauträger, der als einheitliche Baumaßnahme auch die Nachbarhäuser errichtet hat, die Beseitigung von Schallschutzmängeln verlangen, auch wenn diese auf Ausführungsfehlern (Schallbrücken) im Nachbarhaus beruhen.

2. Das gilt auch dann, wenn die den Schallmängeln zugrunde liegenden Bauleistungen durch die Erwerber des Nachbarhauses im Wege erlaubter Eigenleistungen erbracht worden sind.

3. Maßnahmen zur Beseitigung von Schallschutzmängeln in einem Wohnhaus sind auch dann nicht unverhältnismäßig im Sinne des § 633 Abs. 2 S. 3 BGB a.F., wenn sie einen hohen Kostenaufwand erfordern.

*OLG Hamm, Urteil vom 8.3.2001 – Az.: 21 U 24/00 (BauR 2001, 1757)*

*II. Schallschutzanforderungen bei Wohnungseingangstüren*  
Führt die Wohnungseingangstüre einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus zwar in einen Flur / eine Diele, werden von dort jedoch weitere Aufenthaltsräume über offene, türlose Durchgänge erreicht, muss die Wohnungseingangstüre ein Schalldämmmaß von 37 dB aufweisen (DIN 4109 Tabelle 3 Zeile 17)

*OLG Frankfurt, Urteil vom 17.8.2001 – Az.: 24 U 171/00 (IBR 2002, 11)*

*III. Fehlender Holzschutz*

Ist der chemische Schutz des Bauholzes ungenügend, ist dies nicht unbedingt als Mangel zu bewerten, wenn der Holzschutz auf andere Weise sichergestellt ist, z.B. durch eine über dem Balken befindliche Dachhaut, welche das Holz vor Feuchtigkeit und sonstigen Schäden schützt.

*OLG Köln, Urteil vom 2.3.2001 – Az.: 19 U 47/00 (IBR 2001, 481)*

*IV. Wer haftet bei der Vereinbarung „Maße sind am Bau zu überprüfen“ für Maßfehler?*

Heißt es im Lieferauftrag für Fenster und Türen, dass die Maße am Bau zu überprüfen sind, bleibt die Verantwort-

tung für das richtige Maßnehmen auch dann beim Hersteller / Lieferanten, wenn der Auftraggeber an dem Aufmaß teilnimmt und die Auftragsbestätigung mit zum Teil falschen Maßen widerspruchlos hinnimmt.

*OLG Jena, Urteil vom 9.11.2000 – Az.: 1 U 399/00 – BGH-Nichtannahmebeschluss vom 6.12.2001 – Az.: VII ZR 454/00 (IBR 2002, 71)*

## *V. Mangelursache durch vom Auftraggeber beauftragten Nachfolgeunternehmer: Freistellung von der Gewährleistung?*

Zerstört ein Auftraggeber das Werk eines Auftragnehmers, bevor es fertig wird, teilweise wieder, um ein anderes Werk einzufügen, das mit dem Werk des Auftragnehmers in keinem Zusammenhang steht, und stellt er anschließend nicht einmal den von dem Auftragnehmer geschaffenen einwandfreien Bauzustand wieder her, ist der Auftragnehmer von der Gewährleistung für durch den Eingriff entstandene Mängel frei.

*OLG Celle, Urteil vom 12.7.2001 – Az.: 22 U 124/00 (BauR 2002, 633)*

## *VI. Nachbesserungsbefugnis eines Schreiners bei dilettantischer Arbeit*

Gelegenheit zur Nachbesserung muss ein Handwerker grundsätzlich auch dann erhalten, wenn seine bisherige Werkleistung unbrauchbar ist und er sich damit als fachlich unqualifiziert erwiesen hat. Denn zur sachgemäßen Nachbesserung kann er sich erforderlichenfalls fremder Hilfe bedienen.

*OLG Koblenz, Urteil vom 19.7.2001 – Az.: 5 U 443/01 (NJW-RR 2002, 669)*

## **Anforderungen an eine prüfbare Abrechnung (§ 14 Nr. 1 VOB/B)**

Welche Anforderungen an eine prüfbare Abrechnung zu stellen sind, hängt vom Einzelfall ab. Maßgebend sind die Informations- und Kontrollinteressen des Auftraggebers, die Umfang und Differenzierung der für die Prüfung erforderlichen Angaben bestimmen und begrenzen.

*BGH, Urteil vom 2.5.2002 – Az.: VII ZR 325/00 (IBR 2002, 351)*

## **Gewährleistungsbürgschaften auf erstes Anfordern (§ 17 Abs. 3 und Abs. 6 VOB/B)**

1. Die vorrangig vor der VOB/B geltende Vertragsklausel in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftraggebers, die vorsieht, dass von der Schlussrechnung ein Gewährleistungseinbehalt in Abzug gebracht wird, der durch eine

Bürgschaft auf erstes Anfordern abgelöst werden kann, ist dahin auszulegen, dass sowohl das Wahlrecht aus § 17 Nr. 3 VOB/B als auch die Verpflichtung des Auftraggebers zur Einzahlung auf ein Sperrkonto nach § 17 Nr. 6 VOB/B ausgeschlossen sind.

2. Eine derartige Klausel ist unwirksam (BGH, Urteil vom 5. Juni 1997 – Az.: VII ZR 324/95, BGHZ 136, 27).

*BGH, Urteil vom 16.5.2002 – Az.: VII ZR 494/00*

## **Teilbarkeit von Bauleistungen im Insolvenzverfahren**

1. Die aufgrund gegenseitiger Verträge geschuldeten Leistungen sind regelmäßig teilbar, wenn sich die vor und nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens erbrachten Leistungen feststellen und bewerten lassen. Bei einem Werkvertrag über Bauleistungen erfolgt dies nach den gleichen Regelungen wie bei einer Kündigung aus wichtigem Grund.

2. Die Beweislast für den Zeitpunkt der Leistungserbringung liegt bei demjenigen, der sich darauf zu seinem Vorteil beruft. Ist der andere Teil oder ein Dritter beweisbelastet, kann den bestreitenden Insolvenzverwalter eine gesteigerte Substantiierungslast treffen.

3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bewirkt kein Erlöschen der Erfüllungsansprüche aus gegenseitigen Verträgen i.S. einer materiell-rechtlichen Umgestaltung. Vielmehr verlieren die noch offenen Ansprüche im Insolvenzverfahren ihre Durchsetzbarkeit, soweit sie nicht auf die anteilige Gegenleistung für vor Verfahrenseröffnung erbrachte Leistungen gerichtet sind. Wählt der Verwalter Erfüllung, so erhalten die zunächst nicht durchsetzbaren Ansprüche die Rechtsqualität von originären Forderungen der und gegen die Masse.

4. Die Unwirksamkeit der Rechtshandlung eines Insolvenzverwalters wegen Insolvenzzweckwidrigkeit ist grundsätzlich in Anlehnung an die Regeln über den Missbrauch der Vertretungsmacht zu beurteilen. Voraussetzung für die Unwirksamkeit ist danach außer einer Evidenz der Insolvenzzweckwidrigkeit, dass sich dem Geschäftspartner aufgrund der Umstände des Einzelfalls ohne weiteres begründete Zweifel an der Vereinbarkeit der Handlung mit dem Zweck des Insolvenzverfahrens aufdrängen mussten.

*BGH, Urteil vom 25.4.2002 – IX ZR 313/99*

### Kommunale Finanzreform

#### Die Position der Wirtschaft

Zusammen mit der vbw hat sich der Bayerische Bauindustrieverband mittlerweile mehrfach zur Kommunalen Finanzreform geäußert. Die Gewerbesteuer ist überholt. Die Wirtschaft mahnt Transparenz, Vereinfachung und Stabilität an und lehnt alle kategorischen Ansätze der Kommunen ab, die Substanz der Unternehmen zu besteuern. Einschlägige Positionsblätter können unter [info@bauindustrie-bayern.de](mailto:info@bauindustrie-bayern.de) angefordert werden.

### Mindestlohn am Bau

#### Fairer Wettbewerb um Qualität

Dieser Ausgabe des i.d. liegt ein Informationsblatt zum neuen Mindestlohn am Bau bei. Der Mindestlohn wehrt Lohndumping ab, sichert Arbeitsplätze und gebaute Qualität. Das Merkblatt kann unter [info@bauindustrie-bayern.de](mailto:info@bauindustrie-bayern.de) nachgefordert werden.

### Steigende Akzeptanz für EthikManagement

#### Nach dem Bau zweiter Branchenfokus: die Chemie

Das EthikManagement der Bauwirtschaft hinterlässt immer deutlichere Spuren in der industriellen Landschaft Deutschlands. Das in der Bayerischen Bauindustrie entwickelte Instrumentarium wird vor allem in der Chemie immer breiter als Führungsinstrument eingesetzt. Nach der BASF AG, die die Vorreiterrolle übernahm, setzen mittlerweile auch Schwarz Pharma und die Schweizer Novartis auf Führung durch das Management von Werten. Neben dem „Risikomanagement in Sachen Recht“ richten sich dabei die

Erwartungen vor allem an die Entwicklung der Unternehmenskultur – für die BASF als „Global player“ ein auch für den Unternehmenserfolg zentrales Ziel.

### Baubabzugsteuer und der Lobbyismus für Schwarzarbeit

„Entbürokratisierung ist wichtig – aber man sollte schon genau darauf achten, wer hier was erreichen will“, kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess, aktuelle Forderungen nach Abschaffung der Baubabzugsteuer. Mit dieser Steuer sei endlich ein Weg gefunden worden, um Schwarzarbeit am Baumarkt wirksam zurückzudrängen. Denen, die an der Wirksamkeit der Baubabzugsteuer zweifeln, weil keine Täter gefasst werden, hält Hess entgegen: „Mit der Baubabzugsteuer geht es gar nicht darum, die Schwarzen Schafe zu fassen. Es geht darum, ihnen das Futter wegzunehmen und sie so vom Markt abzuschrecken.“ Und genau das werde erreicht.

#### Man will wieder steuerfrei bauen

Wenn jetzt interessierte Kreise gegen die Baubabzugsteuer trommeln, dann erinnert das Hess an die NATO: „40 Jahre lang haben wir Rufen nach Abschaffung der NATO widerstanden. Wir wissen genau, wer da gerufen hat. Nur das Festhalten an der NATO hat Freiheit und Frieden gesichert.“ Mit der Baubabzugsteuer sei es genauso. Angesichts der zunehmenden Bereitschaft zur Schwarzarbeit stellt Hess fest: „Da, wo am lautesten gegen die Baubabzugsteuer gewettert wird, müssen wir davon ausgehen: Man will wieder steuerfrei bauen. Das wäre sicher kein sinnvolles Ergebnis von Entbürokratisierung.“

### Bayerns Erfolg ruht auf der Infrastruktur

#### Klare Worte von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber

„Zur Attraktivität eines Landes gehört auch eine Infrastruktur, die unser Land im Inneren erschließt und nach außen öffnet“ und „In Bayern stehen wir zu unseren großen Infrastrukturprojekten. Wer im globalen Wettbewerb bestehen will, der muss auch solche Zeichen setzen“: Ein wegweisendes Bekenntnis zum Erfolgsfaktor Infrastruktur war die Rede von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber zur Eröffnung des Terminals 2 am Münchener Flughafen.

### Zukunftsaufgabe Hochwasserschutz

Die Zukunftsfragen zum vorbeugenden Hochwasserschutz sind nach wie vor drängend und nur zum Teil gelöst. Wirksamer Hochwasserschutz und effektive Deich- und Flusspolitik werden nur gelingen, wenn nachhaltig und stetig mehr öffentliche Mittel für diese existentiellen Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Denn Vorbauen ist der beste Hochwasserschutz.

#### Aktuelle Broschüre des BBIV

Ein vom Bayerischen Bauindustrieverband am 11.2.2003 veranstaltetes Symposium „Hochwasserschutz in Bayern“ setzte sich mit dieser Aufgabe aus technischer und politischer Sicht auseinander. Die Dokumentation der Tagungsergebnisse können Sie unter [info@bauindustrie-bayern.de](mailto:info@bauindustrie-bayern.de) formlos anfordern.

Wir übermitteln den Jubilaren  
unsere herzlichsten Glückwünsche

### Dipl.-Ing. (FH) Max Donhauser

Mitinhaber und Geschäftsführer der  
Gebr. Donhauser GmbH & Co. KG,  
Schwandorf

65. Geburtstag am 12.8.2003

### Dipl.-Ing. Gerhard Moll

Leonhard Moll AG, München

70. Geburtstag am 15.9.2003

Verbandliche Führungsverantwortung als Vorstandsmitglied und Vizepräsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes; wirtschaftspolitische Gestaltung als Mitglied des Vorstandes und Stv. Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Hauptausschusses des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie; sachbezogener Impulsgeber als Vorsitzender der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes; Vorbild und Motor für die Zukunft als Vorsitzender des Arbeitskreises Junge Unternehmer im Bayerischen Bauindustrieverband wie auf Bundesebene: Über Jahrzehnte hat Dipl.-Ing. Gerhard Moll mit seinem hohen Engagement der Tätigkeit des Bayerischen Bauindustrieverbandes Richtung und Effizienz gegeben, dem Verband mit seinem Rat gedient und so dazu beigetragen, ihn fest in einem ganzheitlichen Unternehmensverständnis zu verankern, das Wirtschaft und Gesellschaft umgreift.

### Dipl.-Ing. Rainer Schuster

Mitglied der Geschäftsleitung der  
Bilfinger Berger AG Ingenieurbau,  
München

60. Geburtstag am 31.10.2003

Dipl.-Ing. Rainer Schuster gibt dem Bayerischen Bauindustrieverband seit 1995, als er den Vorsitz des Bezirksverbandes München-Oberbayern übernahm und in den Beirat des Gesamtverbandes gewählt wurde, wichtige Impulse für die tägliche Arbeit wie für die strategische Ausrichtung. Seit 1997 gehört er auch dem Vorstand des Bayerischen Bauindustrieverbandes an, seit 2001 als Vizepräsident. Besondere Wirksamkeit entfaltete Schuster bis 2002 auch als Mitglied des Vorstandes des Ethik-Management der Bauwirtschaft e.V. sowie in den letzten Jahren als Vorsitzender des Bauausschusses zur Renovierung des Hauses der Bauindustrie am Oberanger in München. Hochpragmatisch und in der beruflichen Praxis am internationalen Baumarkt orientiert, steht Schuster als Persönlichkeit wie mit seinem Beitrag zum verbandlichen Wirken für den zukunftsweisenden Strukturwandel, den die Bauindustrie in den letzten Jahren bewältigt.

# Zahlen zur Lage der Bauwirtschaft in Bayern

## Bauleistung

Bauproduktion <sup>1)</sup> Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	Juni 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Juni 2003 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	15.159	- 10,5 %	- 12,5 %
Wohnungsbau	6.946	- 8,0 %	- 11,5 %
Wirtschaftsbau	4.042	- 9,9 %	- 11,6 %
Öffentlicher Bau insg.	4.171	- 15,1 %	- 15,2 %
davon Öff. Hochbau	956	- 12,4 %	- 14,1 %
Straßenbau	1.612	- 14,4 %	- 16,7 %
Sonst. Tiefbau	1.603	- 17,3 %	- 14,6 %

Produktionsindex <sup>1)</sup> (arbeitstäglich) 1995 = 100	Juni 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Juni 2003 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	99,4	- 2,4 %	- 8,6 %
Hochbau	94,7	- 3,0 %	- 9,1 %
Tiefbau	110,5	- 1,3 %	- 7,2 %

Umsatz <sup>1)</sup> ohne MwSt. in Mio. €	Juni 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Juni 2003 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	1.313,0	- 12,5 %	- 9,7 %
Wohnungsbau	494,6	- 7,6 %	- 8,4 %
Wirtschaftsbau	441,4	- 17,2 %	- 15,7 %
Öffentlicher Bau insg.	377,1	- 12,8 %	- 3,2 %
davon Öff. Hochbau	90,3	- 10,3 %	+ 1,8 %
Straßenbau	147,9	- 9,5 %	- 10,9 %
Sonst. Tiefbau	138,9	- 17,4 %	0,0 %

## Lohnkosten

Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> in €	Juni 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Juni 2003 gegenüber Vorjahr
Lohnsumme je gel. Arbeitsstunde	15,86	+ 9,7 %	+ 4,2 %
Gehaltssumme je Angestellten	3.139	+ 2,1 %	+ 0,5 %
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	2.288	+ 7,1 %	+ 1,5 %

- 1) Daten vorläufig
- 2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
- 3) Preisbereinigt mit den in dieser Gliederung nur für das Bundesgebiet vorliegenden Preisangaben; insoweit vorläufige Werte
- 4) Offene Stellen und Arbeitslose Bauhauptgewerbe  
Kurzarbeiter Baugewerbe

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung  
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung  
Landesarbeitsamt Bayern

## Baunachfrage

Auftragseingang <sup>1/2)</sup> Inland in Mio. €	Juni 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Juni 2003 gegenüber Vorjahr
<b>nominal</b>			
Bauhauptgewerbe	1.074,1	+ 11,2 %	- 20,8 %
Wohnungsbau	243,2	- 0,2 %	- 11,1 %
Wirtschaftsbau	442,9	+ 40,5 %	- 31,3 %
Öffentlicher Bau insg.	388,0	- 4,6 %	- 14,3 %
davon Öff. Hochbau	70,9	- 45,8 %	- 30,6 %
Straßenbau	179,3	+ 14,5 %	- 7,5 %
Sonst. Tiefbau	137,8	+ 15,6 %	- 8,4 %
<b>preisbereinigt<sup>3)</sup> (real)</b>			
Bauhauptgewerbe	•	+ 11,9 %	- 20,4 %
Wohnungsbau	•	+ 0,5 %	- 10,5 %
Wirtschaftsbau	•	+ 41,1 %	- 30,8 %
Öffentlicher Bau insg.	•	- 4,0 %	- 13,6 %
davon Öff. Hochbau	•	- 45,6 %	- 30,2 %
Straßenbau	•	+ 15,5 %	- 6,5 %
Sonst. Tiefbau	•	+ 16,2 %	- 7,8 %

Baugenehmigungen für Hochbauten in 1000 m <sup>3</sup> Rauminhalt	Juni 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Juni 2003 gegenüber Vorjahr
Wohngebäude	2.864	- 2,0 %	+ 37,9 %
Wirtschaftsgebäude	3.581	+ 21,5 %	- 0,9 %
Öffentliche Gebäude	282	- 37,5 %	- 9,4 %

Auftragsbestände Bauindustrie			
Reichweite in Monaten	August 2003	Juli 2003	August 2002
Bauindustrie	2,8	2,9	2,6
Wohnungsbau	2,5	2,8	2,0
Wirtschaftsbau	2,4	2,7	2,9
Öffentlicher Bau insg.	2,9	2,8	2,6
davon Öff. Hochbau	2,7	2,6	2,7
Straßenbau	2,3	2,0	2,0
Sonst. Tiefbau	3,6	3,7	3,1

## Arbeitsmarkt

Beschäftigte Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> Monatsdurchschnitt	Juni 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Juni 2003 gegenüber Vorjahr
Tätige Inh., Mitinhaber	11.368	- 8,3 %	- 7,1 %
Kaufm. u. techn. Angestellte	27.947	- 5,7 %	- 6,1 %
Facharbeiter	74.586	- 9,4 %	- 10,3 %
Fachwerker	22.737	- 10,4 %	- 10,1 %
Gewerbl. Auszubildende	6.790	- 11,8 %	- 12,9 %
Insgesamt	143.428	- 8,9 %	- 9,3 %

Arbeitsmarkt <sup>4)</sup> Monatsende	Offene Stellen	Arbeitslose	Kurz- arbeiter
Juli 2003	1.091	14.377	1.823
Juli 2002	1.428	12.969	2.002
Juli 2001	1.830	10.460	1.224
Juli 2000	2.941	9.178	1.276

Informationsdienst  
des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e. V.  
Juli/Aug./Sep. 03 · 48. Jahrgang

**7/8/9**

**i.d.**



**Bayerische  
Bauindustrie**

**80331 München**

Oberanger 32  
Telefon 0 89/23 50 03-0  
Telefax 0 89/23 50 03-70  
Postanschrift:  
Postfach 33 02 40  
80062 München  
[info@bauindustrie-bayern.de](mailto:info@bauindustrie-bayern.de)

**90403 Nürnberg**

Katharinengasse 24  
Telefon 09 11/99 20 70  
Telefax 09 11/9 92 07 30  
[info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de)

**93047 Regensburg**

Hemauerstraße 6/IV  
Telefon 09 41/5 48 90  
Telefax 09 41/5 31 96  
[info.regensburg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.regensburg@bauindustrie-bayern.de)

**86150 Augsburg**

Gratzmüllerstraße 3/II  
Telefon 08 21/3 62 60  
Telefax 08 21/15 09 52  
[info.augsburg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.augsburg@bauindustrie-bayern.de)

[www.bauindustrie-bayern.de](http://www.bauindustrie-bayern.de)